Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Leitung Nr. 2535; der Redaktion Nr. 2532; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 24) Nr. 2265.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Neununddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.

Erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 374. **Halle a. d. Saale, Freitag, den 11. August** **1905.**

Schaumschlägerei.

Die Verletzung des Budgetrechts des Reichstags, die in der ohne Zustimmung des Reichstags erfolgten Entsendung von Truppen nach Südwestafrika liegt, wurde dieser Tage in der Berliner „Nationalztg." verteidigt. Anscheinend dient das Blatt in diesem Fall als offiziöses Sprachrohr und bemüht sich mit Eifer, den sonstigen freiwilligen oder unfreiwilligen Regierungsblättern in der Verdunkelung des Tatbestandes den Rang abzulaufen. Vor einigen Tagen noch hatte das Blatt selbst geschrieben, daß es für die Beurteilung der Frage, ob eine Verfassungswidrigkeit vorliege, gar nicht darauf ankomme, ob 10 oder 300 oder 1000 Mann abgeschickt wären; jetzt aber legt dasselbe Blatt das Hauptgewicht darauf, daß nur eine „geringe Verstärkung" auf Wunsch des Generals v. Trotha hinübergeschickt sei. Die weiteren Abteilungen, die im Laufe des August in einer Stärke von etwa 800 Mann nach dem Aufstandsgebiet abgehen würden, stellten dagegen ausschließlich „Ergänzungen" der durch Gefechtsverluste und durch Krankheiten entstandenen Lücken unserer Schutztruppe dar. Nach dieser Feststellung glaubt die „Nationalztg." zu dem Schluß berechtigt zu sein: „Das Budgetrecht des Reichstags wird also hier durchaus gewahrt bleiben, wie überhaupt die Regierung aufs äußerste bestrebt ist, die Aufwendungen für den Kolonialkrieg innerhalb des Rahmens der vom Reichstag bewilligten Etats zu halten."

In dieser Auslassung der „Nationalztg." wird offenbar der Ton angegeben, den die Regierung in der Verteidigung ihres Verhaltens gegenüber dem Reichstag einzuschlagen gedenkt. Dieser Argumentation aber muß vom Standpunkt der Volksvertretung aus entschieden widersprochen werden. Das Budgetrecht des Reichstags ist durchaus nicht gewahrt, und es ist auch nicht richtig, daß die Regierung aufs äußerste bestrebt ist, die kolonialen Aufwendungen im Rahmen der Bewilligungen des Reichstags zu halten. Es ist ja nicht das erste Mal, daß sich die Regierung gerade bei Aufwendungen für Südwestafrika über die verfassungsmäßigen Bestimmungen hinwegsetzt. Vor einigen Jahren bereits kam es zu einem scharfen Konflikt mit dem Reichstag, weil die Regierung den Bau einer Bahn in Südwestafrika in Angriff nahm, ohne daß vorher die Zustimmung des Reichstags eingeholt war. Ebenso gab in der letzten Session eine ähnliche Bahnfrage Anlaß zu einem Zusammenstoß zwischen Reichstag und Regierung; die Budgetkommission des Reichstags sprach einstimmig ihre Mißbilligung des Verhaltens der Regierung aus, und der Reichskanzler sah sich veranlaßt, den Reichstag sofort um Indemnität zu ersuchen, die alsdann auch erteilt wurde.

Gerade die bisherigen Erfahrungen müssen den Reichstag veranlassen, mit allem Nachdruck auf der Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung zu bestehen. In dem Organ des Bundes der Landwirte, der „Deutschen Tagesztg.", wird der Standpunkt vertreten, daß man Kleinigkeiten nicht aufbauschen, sondern soweit es irgend möglich sei, die Sache über die Form stellen solle. Von „Kleinigkeiten" aber kann überhaupt nicht gesprochen werden, wenn die Wahrung der Verfassung in Frage kommt. Ob es sich um 300 oder 3000 Mann Verstärkung für Südwestafrika handelt, ist grundsätzlich durchaus gleichgültig; es kommt darauf an, die Grundlagen des konstitutionellen Staatslebens, das Mitwirkungsrecht der Volksvertretung zu wahren, und dies um so mehr, als an einflußreichen Stellen offensichtlich das Bestreben vorhanden ist, den Reichstag einfach beiseite zu schieben und persönliche und sachliche Aufwendungen für koloniale Zwecke zu machen, ohne vorher die Zustimmung der Volksvertretung einzuholen. Die „Köln. Volksztg.", das leitende Organ der Zentrumspartei, sagt rund heraus, daß es bei der Reichsregierung an dem guten Willen fehle, das zu tun, was die Verfassung mit klaren Worten fordert. All die großen Worte, wie: „die Regierung denkt nicht daran" und „die Regierung ist aufs äußerste bestrebt" seien nichts als Schaumschlägerei. Im Interesse des konstitutionellen Staatsgedankens muß gefordert werden, daß solcher Schaumschlägerei gegenüber der Ernst der Verfassungsbestimmungen klar gemacht wird — allen, die es angeht. □

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Die gestern morgen von uns gemeldete Absage des Prinzen Heinrich von Preußen betr. seine Teilnahme an dem bayerischen Automobilrennen in München hat großes Aufsehen erregt. Die Nachrichten darüber lauten übrigens sehr widersprechend; in einer heute früh wiedergegebenen Notiz war von Krankheit die Rede, daneben tauchen aber noch andere Lesarten auf. So erzählt die „Münch. Ztg.": Bald nach seiner Ankunft in München erhielt der Prinz ein dringendes Telegramm, das seine sofortige Abreise veranlaßte, die dann um 10 Uhr 15 Minuten mit dem Süd-Nordexpreß erfolgte. In Hof verließ er den Zug und begab sich zu seinem Hofmarschall Baron Seckendorff auf Schloß Brand bei Markt-Redwitz. Pessimisten wollen wissen, es sei plötzlich die „englische Krise" akut geworden, ruhigere Leute dagegen behaupten, der Prinz sei vom Kaiser zurückberufen worden, um das englische Geschwader zu begrüßen. Andere wieder erzählten sich, daß die Reise lediglich der Vermittlung in der Angelegenheit des Großfürsten Cyrill von Rußland dienen soll. Der Großfürst ist wegen der Ausdauer, mit der er seine Heirat mit der früheren Großherzogin Melitta von Hessen betrieb, beim Zaren in Ungnade gefallen und befindet sich in einer Münchener Heilanstalt. Bei den nahen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Prinzen Heinrich und ihm glaubt man an ein vermittelndes Eingreifen des Prinzen, wofür allerdings die Tatsache nicht spricht, daß der Prinz in Schloß Brand Aufenthalt genommen hat. Es ist aber wahrscheinlich, daß Prinz Heinrich auf höheren Wunsch einem vielleicht unangenehmen Zusammentreffen ausweichen wollte. Wie die „Münch. N. Nachr." bestimmt mitteilen können, wird Prinz Heinrich vorerst nicht nach München zurückkehren.

— Der Großherzog von Baden, über dessen Befinden in der letzten Zeit verschiedene ungünstige Meldungen verbreitet wurden, ist am Donnerstag von St. Moritzdorf nach der Insel Mainau bei Konstanz abgereist. Der Kuraufenthalt in St. Moritz ist dem Großherzog gut bekommen.

Der Kaiser in Posen.

Der zweite Tag der Anwesenheit des Kaisers auf dem Truppenübungsplatz Weißenburg bei Posen brachte, wie in der Posener Zeitung nachträglich berichtet wird, noch vor Beginn der Kavallerie-Exerzitien eine große und unerwartete Ueberraschung. Als nämlich sämtliche Truppen hinter dem ehemaligen Gutshofe Aufstellung genommen hatten, mußte das Regiment Jäger zu Pferde vor der Front der übrigen Regimenter Aufstellung nehmen, und der Kaiser hielt eine Ansprache, in der er ungefähr folgendes ausführte:

Es sei das erstemal, wo er das Gelände des Truppenübungsplatzes Weißenburg sehe. Von allem, was er gesehen, sei er überrascht und hocherfreut worden. Er habe die Schönheit und die idyllische Lage nicht gekannt und habe sie auch nicht erwartet. Die Haltung der Bevölkerung und der herzliche Empfang, den er bei dieser und seinen Truppen gefunden, habe in ihm die Ueberzeugung gefestigt, es mit loyalen Untertanen zu tun zu haben. Angesichts der Versuche, Zwietracht zwischen den Bürgern deutscher und polnischer Nationalität zu säen, sei es sein ernster und unerschütterlicher Wille, fest an der Ostmarkenpolitik zu halten. Posen sei früher Garnison eines Leibregiments, des Leib-Husaren-Regiments Nr. 1, gewesen, und solle auch jetzt wieder die Garnison eines Leibregiments werden, als Anerkennung seines Königlichen Wohlwollens. Zu diesem seinem Leibregiment ernenne er das Regiment Jäger zu Pferde in Posen, das von jetzt ab heißen werde: Leibregiment Jäger zu Pferde Nr. 1 Kaiser Wilhelm II. Es sei dies mit eine Auszeichnung für die guten Leistungen des Regiments bei den Reiterattacken. Er hoffe, daß dies jüngste seiner Leibregimenter sich würdig der Taten seiner übrigen Regimenter anschließe und ein Hort deutscher Gesinnung in der Ostmark sein werde. Das Regiment erhalte seinen Namenszug auf den Achselklappen.

Die tieferen Ursachen des Spremberger Eisenbahnunglücks.

Von einem hervorragenden Eisenbahnfachmann wird uns geschrieben:

Die Strecke, auf der der Spremberger Unfall sich ereignet hat, besitzt nur ein Gleis. Der Verkehr ist ein erheblicher; neben 11 Personenzügen in jeder Richtung verkehrt noch eine Anzahl Güterzüge. Dazu werden nach Bedarf noch Sonderzüge, Leerzüge u. dergl. kommen. Die Verwaltung läßt erklären, daß der Verkehr noch bewältigt werden könne. Ob dies ohne Erschwerung des Verkehrs und ohne Gefährdung der Betriebssicherheit möglich ist, könnte man nur beurteilen, wenn man genauere Daten hätte, die aber fehlen. Ueber nichts fehlt es aber so sehr an offiziellem Material, als über die Staatseisenbahnen. Die Reichsstatistik gibt die Zahlen immer nur für die gesamten Netze, die für die nähere Kenntnis der Verhältnisse wertlos sind. Aber genügt es, daß der Verkehr auf einer Strecke gerade noch bewältigt werden kann? Es soll doch auch ein möglichst großes Maß von Betriebssicherheit erreicht, Betriebsstörungen möglichst hintan gehalten werden. Damit steht es aber schlecht bei einer stark befahrenen eingleisigen Bahn. Sie ist aber trotzdem sicher, wenn die Sicherheitsvorschriften pünktlich befolgt werden, sagt die Eisenbahnverwaltung. Das ist doch wohl nicht ganz zutreffend. Zugsentschlüsselungen sind viel schwieriger und die Sicherheitsvorschriften, die hier in Betracht kommen, müssen in die Hände fehlbarer Menschen gelegt werden; sie werden also auch einmal unbeachtet bleiben. Das ist eine große Gefahr. Aber ein Zusammenstoß auf einer eingleisigen Bahn tritt auch viel leichter ein, als auf einer zweigleisigen. Wenn auf dieser zwei Züge zusammentreffen, so fahren sie in gleicher Richtung. Der Nachzug sieht den Vorzug vor sich, der ebenfalls fährt, er kann viel leichter halten, weil der Vorzug sich von ihm mit annähernd gleicher Schnelligkeit entfernt. Trifft er ihn dennoch, so geschieht es mit geringerer Wucht als bei zwei einander entgegenfahrenden Zügen, bei denen die doppelte Schnelligkeit und das Gewicht beider Züge in Betracht kommt.

Immer wieder werden die glänzenden Resultate der preußischen Staatsbahnen vorgeführt; jedes Jahr bringt Mehreinnahmen. Das legt der Verwaltung die Verpflichtung auf, ihre Fürsorge für den Verkehr nicht so zu beschränken, wie es anscheinend jetzt geschieht. Und aus einem völlig unhaltbaren Grunde. Man lese nur die schönen Reden, die von Reichskanzlern, Ministern und Abgeordneten über die Eisenbahnverstaatlichung gehalten sind. Die Privatbahnen, hieß es, hätten die Verkehrsinteressen hinter ihre

Feuilleton.

Zum Jahrestag des Gefechts von Waterberg.

Am 11. August jährt sich der Tag, an dem die Kraft der Hereros beim Waterberg gebrochen wurde. Das „Mil.-W.-Bl." bringt einen Aufsatz, der die Bedeutung dieses großen Kampfes daran ermißt, daß seit den Tagen von Waterberg völlige Unklarheit über den Verbleib der Hereros herrscht. Nachdem noch einmal geschildert ist, in welcher kopflosen Flucht die Herero nach dem Sandfeld entwichen sind, wird eine Rechnung versucht, wie viele von ihnen noch übrig sein können. Es wird festgestellt, daß die nachweisbare Mindestzahl an Gefallenen 1400 beträgt, daß sich die Menge der an Wunden Gestorbenen jeder Schätzung entzieht, daß Ende Mai gefangen waren: 1853 Männer, 6187 Frauen und Kinder. Dazu kommen die auf englisches Gebiet übergegangenen und die im Namalande Kämpfenden, deren Zahl festzustellen unmöglich ist.

Schätzt man — so heißt es weiter — die Zahl der Toten, Gefangenen und Vertriebenen, so kommt schwerlich mehr heraus als ein Viertel der (allerdings auch nur geschätzten) Gesamtbevölkerung im Frieden. Danach müßten noch drei Viertel des Volkes hungernd im Lande umherziehen. Das ist aber sicher nicht der Fall, und das glauben auch die Farmer nicht, deren Geduld jetzt durch die immer noch herrschende Unsicherheit auf eine harte Probe gestellt wird. Das Verschwinden eines recht bedeutenden Teils der Hereros ist nur durch die Verluste zu erklären, die das fliehende Volk in der Omaheke erlitten hat. Sie werden in ihrer vollen Höhe nie nachgewiesen werden können. Der Ansicht der Landeskenner, daß sie enorm gewesen sein müßten, stand man bisher etwas skeptisch gegenüber. Vielfach wurde geglaubt, der größte Teil der Hereros sei durch die Omaheke nach Britisch-Betschuanaland entkommen, oder allmählich durch die deutsche Absperrungslinie zurückgeschlichen. Inwieweit das der Fall ist, läßt sich mit Sicherheit natürlich auch heute noch nicht sagen. Aber über die Opfer der Flucht hat ein zwölftägiger Patrouillenritt interessante Aufschlüsse gegeben, den Oberleutnant Graf Schweinitz in die Omaheke unternahm.

Dieser hatte den Auftrag, den Otjosondjou-Omuramba abwärts zu erkunden, und eine etwaige Verbindung dieses Reviers mit dem Omuramba und Omatako aufzusuchen. Wir wissen aus den Verfolgungsgefechten, die im August und September des vorigen Jahres stattfanden, daß nur ein Bruchteil der Hereros hier längs des Otjosondjou-Omuramba floh. Wohl der größere Teil versuchte durch die Gegend am Eiseb zu entkommen, und es ist an vielen Stellen noch heute nicht gelungen, den Weg sicher festzustellen, den die einzelnen Haufen der Flüchtlinge genommen haben. Wohl noch mancher deutsche Reiter, der den Schrecken der Omaheke trotzt, wird irgendwo einen mit bleichenden Gebeinen umsäumten Pfad entdecken, der Zeugnis ablegt vom Untergang der Hereros.

Kehren wir nun noch einmal zu dem Ritt des Grafen Schweinitz zurück. Die Schwierigkeiten seiner Ausführung, selbst in der verhältnismäßig günstigen Regenzeit, kennzeichnen vortrefflich die Gefahren des Sandfeldes und die hervorragenden Leistungen unserer Reiter.

Die Patrouille bestand aus dem Führer, dem Leutnant Meinardus und sechs Reitern, acht Reitpferden, zwei Packpferden und zwei Packeseln. Auf die Packtiere war eine siebentägige Verpflegung für die Reiter und $1\frac{1}{2}$ Zentner Hafer verteilt.

Am 17. Februar wurde von Otjimbinde abgeritten und über Otjosondjou und Onduwou (20 Kilometer nordöstlich Otjosondjou) dem Laufe des Otjosondjou-Omuramba gefolgt. Am vierten Tage, den 20. Februar, wurde 70 Kilometer nordöstlich Otjosondjou ein Herero-Lager überfallen, mehrere Gewehre erbeutet und vernichtet und 17 Hereros gefangen, die mit Paßterschein nach Otjimbinde geschickt wurden.

Im ganzen folgte die Patrouille von Otjosondjou aus 172 Kilometer dem Otjosondjou-Omuramba. Dann bog sie am 24. Februar in der Richtung zum Omuramba und Omatako ab, und es begann der schwierigste und gefährlichste Teil des Weges. Das Gelände bestand aus einer weiligen, mit niedrigem Laub und Dornbusch bewachsenen Hochebene. Wasser fehlte vollständig!

Die Ueberwindung einer solchen Durststrecke ist immer ein großes Wagnis, wenn nicht der einzuschlagende Weg und die erste erreichbare Wasserstelle schon bekannt sind. Auf Wasser war mit einiger Wahrscheinlichkeit erst am Omuramba u Omatako in der Gegend von Otjituo zu hoffen. Für den Ritt dorthin mußten vier bis fünf Tage gerechnet werden. „Dursttage", wie der afrikanische Sprachgebrauch solche Tage treffend bezeichnet. Die Mitführung einer für diese Zeit ausreichenden Wassermenge war ohne Fahrzeug undenkbar. Also mußte der Weg ohne Wasser zurückgelegt werden. Man stelle sich das Gefühl des verantwortlichen Führers einer solchen Patrouille vor, wenn die zurückgelegte „Durststrecke" so groß wird, daß der Versuch, zum Ausgangspunkt zurückzukehren, sicheren Tod bedeutet, wenn also Wasser gefunden werden muß. In dieser Lage hat sich schon so mancher deutsche Offizier in diesem Feldzuge befunden, und wir können dem gütigen Schicksal wie der Umsicht unserer Patrouillenführer nicht genug danken, daß keiner dieser Ritte mit einer Katastrophe geendet hat.

Die Patrouille Schweinitz kam mit 116 Kilometer „Durst" noch gnädig davon. Diese Entfernung entspricht ungefähr der Strecke Berlin-Wittenberge und wurde in 64 Stunden zurückgelegt. Die Pferde mußten von frisch betautem Gras leben, es wurde fast nur Schritt und meist bei Nacht geritten.

Bereits am zweiten Dursttage fehlte das Wasser zum Kochen, am dritten mußten die Mannschaften Tau zur Erlangung von Trinkwasser sammeln! Dabei blieben sie guten Muts, wozu nicht zum wenigsten der unverwüstliche Humor des afrikakundigen Landwehrmannes Schmink beitrug, der zur Patrouille gehörte. An diesem Tage, dem 26., stieß man endlich auf eine Buschmannswerft, „in deren Nähe sich etwas Blewwasser befand." Wie mag diese fragwürdige Flüssigkeit Roß und Reiter gemundet haben! Die Buschmänner, in deren Augen ein Ritt durch das Sandfeld zu den Unmöglichkeiten gehört, bestätigten, daß auf der zurückgelegten Strecke nirgends Wasser zu finden sei. Eine Verbindung vom Otjosondjou-Omuramba zum Omuramba

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19050811028/fragment/page=0001

finanziellen Interessen zurückgestellt. Das müßte anders werden. Der Staat werde die Bahnen im Verkehrsinteresse betreiben. Und nun werden sie betrieben als ausgesprochenes Regal so, daß sie die möglichst hohen Erträge ohne Rücksicht auf die Verkehrsinteressen geben. Dagegen gibt es kein Mittel. Der preußische Landtag steht auf demselben Standpunkte wie die Regierung; beide sind Partei für die Staatskasse gegen den Verkehr.

Dem Verkehrsinteresse geht es jetzt viel schlechter als zur Zeit der Privatbahnen. Diese standen unter einer sehr wirksamen und recht rücksichtslos gehandhabten Staatsaufsicht; im Einzelstaate haben die Staatsbahnen nur eine wirksame Aufsicht, die des die höchsten Erträge fordernden Finanzministers. Das Reich hat auf die ihm rechtlich zustehenden Aufsichtsrechte faktisch verzichtet. Das Reichseisenbahnamt könnte z. B. den Bau des zweiten Gleises, die Beseitigung von betriebsgefährlichen Wegeübergängen ohne weiteres auf alleinige Kosten der Eisenbahn anordnen — aber es geschieht nicht. Und die guten Deutschen lassen sich ruhig diese Zustände gefallen!

Eine Erhöhung der Tabaksteuer

hatte, wie erinnerlich, die „Kreuzztg." vor einigen Tagen empfohlen. Die „Germania", das Berliner Organ der Zentrumspartei, erinnert daran, daß gerade im Jahre 1895 der damalige Redakteur der „Kreuzzeitung", Frhr. v. Hammerstein, in seiner Zeitung sowohl wie im Reichstage diese Steuer auf das lebhafteste bekämpfte, und fügt hinzu:

„Wenn die „Kreuzztg." die damaligen Kommissionsreden ihres früheren Redakteurs nachlesen wollte, so würde sie ihre jetzigen Ausführungen Punkt für Punkt treffend widerlegt finden."

Zur Sache selbst meint die „Germ.", daß sich die Aussichten für eine höhere Tabaksteuer nicht gerade gebessert haben, weil nicht allein die Resolution zum Flottengesetz von 1898 ein Hindernis bildet, sondern selbst in den Kreisen der Nationalliberalen Abgeordnete sitzen, die vor der Reichstagswahl von 1903 bestimmte bindende Zusicherungen gaben, daß sie einer Erhöhung der Tabaksteuerung, gleichviel in welcher Form, entgegentreten würden.

„Weshalb schlägt die „Kreuzzeitung" nicht andere näherliegende Steuerreformen vor, die ohne Belastung der breiten Massen der Bevölkerung recht hohe Erträge liefern würden, z. B. die Beseitigung der Maischraumsteuerrückvergütung von 16 M. pro Hektoliter, für tatsächlich nur gezahlte 10 M. pro Hektoliter? oder eine Einschränkung der jetzigen großen Branntweinliebesgabe von 40 bis 44 Millionen jährlich auf etwa die Hälfte? Beide Maßnahmen würden ohne Belastung des Konsums reichlich 36 bis 40 Millionen jährlich einbringen, es brauchte dafür kein neuer Apparat von Steuerbeamten angestellt, sondern nur zwei Ziffern im Branntweinsteuergesetz umgeändert zu werden. Es würde dadurch auch kein einziger Arbeiter erwerbslos, wie das bei Einführung der Tabakfabrikatsteuer nach den Motiven der Gesetzesvorlage von 1894 für viele Tausende von Arbeitern in Aussicht stände."

Glauchau-Meerane.

Man schreibt uns aus dem Streikgebiet unterm 10. August: Die Unternehmer haben ein weiteres Entgegenkommen gezeigt, indem sie den bereits zugestandenen Wochenminimallohn von 14,10 M. auf 14,70 M. erhöhten, also im ganzen pro Woche 1,20 M. (gegenwärtig zahlen sie noch 13,50 M.) zulegen wollen. Nach Tagen berechnet soll der Minimallohn betragen für männliche Arbeiter über 18 Jahre 2,45 M., für jüngere 2,20 M., für weibliche Arbeiter 1,42 M., in Meerane nach dreimonatlicher Beschäftigung 1,50 M. Die Einschränkung, daß bei solchen Arbeitern, die noch nicht 6 Monate im Betriebe sind, ein zehnprozentiger Abzug zulässig sein soll, haben sie dahin erleichtert, daß es anstatt „im Betrieb" heißen soll „in der Branche". Es ist übrigens zu beachten, daß diese Zugeständnisse nur für Glauchau und Meerane gelten. In den anderen Orten des Färberverbandes, wie Reichenbach, Mylau 2c., haben die Arbeiter ebenfalls 15 M. verlangt. Gehen sie leer aus, so ist es nicht unmöglich, daß sie in den Ausstand treten, doch sind sie dort nur wenig organisiert. Heute wurde in Glauchau und Meerane noch eifrig zwischen den Parteien verhandelt, zu dem erhofften Abschluß kam es aber vorerst nicht, da die Arbeiter wenig Neigung zeigten, den angebotenen Lohnsatz anzunehmen. Der Erfolg der Einigungsverhandlungen ist also wieder zweifelhaft geworden, ebenso ob es morgen schon zu einer Entscheidung kommt. Es handelt sich noch um 30 Pf. Differenz!

Wie der „Lpz. Volksztg." aus Gera geschrieben wird, ist die Armenunterstützung für ausgesperrte unterstützungswohnsitzberechtigte Familienväter auf 1,50 M. und eine Brotmarke für 50 Pf. pro Woche bemessen worden.

Ein neuer „Kolonialskandal"?

Gegen den Gouverneur von Samoa, Dr. Solf, werden in der „Deutschen Tageszeitung" schwere Anklagen erhoben. Danach hätte der deutsche Regierungsvertreter in seinem Verhalten gegen eine ehrenwerte deutsche Familie unter besonders erschwerenden Umständen eine durch nichts zu entschuldigende brutale Rücksichtslosigkeit und Willkür gezeigt. Unter der Ueberschrift „Siedlerelend in deutschen Kolonien" heißt es in dem erwähnten Blatte: Vor einiger Zeit wurde mitgeteilt, daß bei der Beerdigung einer weißen Frau in Apia es zu Kundgebungen gegen den Gouverneur Dr. Solf gekommen sei. Wir sind heute in der Lage, auf Grund eines erschöpfenden Aktenmaterials näheres über diese Angelegenheit berichten zu können. Der frühere Steuermann in der Kaiserlichen Marine Eckenweber, der nach zwanzigjähriger, vorwurfsfreier Dienstzeit mit Pension und dem Recht des Tragens der Uniform seinen Abschied nahm, trat zum Gouvernement von Samoa über. Nach dreijähriger Dienstzeit wurde er plötzlich vom Gouverneur Dr. Solf entlassen, der ihm vorwarf, mit Ansiedlern, die ihm nicht genehm wären, verkehrt zu haben. Für diese Entlassung wurden dann später vom Gouverneur ganz nebensächliche Gründe angeführt. Die von Eckenweber eingereichten Beschwerden an das Auswärtige Amt wurden abschlägig beschieden, wohl auf die Angaben des Gouverneurs von Samoa hin. Auf gerichtlichem Wege beauftragte u. a. der Gouverneur bei einer ganz kurzen Frist die Räumung der von der Familie Eckenweber innegehabten Dienstwohnung, eine umso einschneidendere Maßregel, als jene völlig mittellos dastand. Ein mitfühlender Ansiedler nahm die auf die Straße gesetzte Familie mit den 4 Kindern und deren in Hoffnung befindlicher Mutter bei sich auf. Später fanden die Schwergeprüften Unterkunft in einer elenden Holzbaracke im Urwald. Inzwischen war auch das fünfte Kind zur Welt gekommen. Die Entbehrungen, wohl auch der Mangel an Nahrung und Pflege bewirkten, daß die Frau nach achtmonatigem Krankenlager verschied, nachdem es endlich gelungen war, wenige Tage vor ihrem Tode ihre Aufnahme ins Regierungshospital durchzusetzen. Für die grenzenlose Rücksichtslosigkeit, mit der Dr. Solf vorging, spricht folgendes Dokument vom 10. Oktober 1904:

Die unter dem 5. Juli laufenden Jahres gegen den früheren Führer der Fitofika (Polizeitruppe) eingereichte Klage auf Herausgabe einer Kuh und eines Schweines ziehe ich hiermit zurück.

Der kaiserliche Gouverneur: gez. Solf.

Die öffentliche Meinung in Apia hatte denn doch dem Gouverneur nur zu deutlich ihre Empörung merken lassen, als daß er die geplante Wegnahme der letzten Kuh und des letzten Schweines zur Durchführung zu bringen gewagt hätte. Dazu bemerkt die „Deutsche Tageszeitung": Wir haben leider schon vielfach über die brakonischen Maßnahmen gegen die deutschen Ansiedler von seiten des deutschen Gouverneurs Dr. Solf berichten müssen. Wir hätten es aber kaum für möglich gehalten, daß diese Verfolgungen ihm nicht genehmer Elemente sich bis auf schwangere Frauen und auf Kinder erstrecken würden. Eckenweber sitzt heute im tiefsten Elend mit seinen 5 Kindern im tropischen Urwald da. Ihm zu helfen vermögen die dortigen Ansiedler nicht, da sie selbst schwer um ihre Existenz zu kämpfen haben. Unterstützung kann nur von der Heimat erhofft werden. Daß Gouverneur Dr. Solf einem Teile der Ansiedler aufs tiefste verhaßt ist, ist bekannt. Es fragt sich nur, ob alle Anklagen, die sie gegen ihn richten, auch auf Wahrheit beruhen.

Politisches.

— Der internationale Bergarbeiterkongreß, der anzeit in Lüttich tagt, nahm am Dienstag eine Resolution auf Einführung des achtstündigen Arbeitstages an. Dagegen stimmte nur Durham und Northumberland, die eine noch kürzere, nämlich eine siebenstündige Arbeitszeit verlangten. Der deutsche sozialdemokratische Abg. Sachse erklärte u. a. nach dem „Vorwärts" mit Bezug auf die preußische Bergarbeiternovelle, die durch den „Verrat des Zentrums" schließlich angenommenen §§ 93 b bis 93 d seien Knutschukbestimmungen ohne jeden Wert. Die deutschen Bergarbeiter seien also in diesem Jahre gar nicht vorwärts gekommen. Aber im Herbst würden die Arbeitervertreter im Reichstage einen neuen Vorstoß zugunsten der Achtstundenschicht machen. Die im neuen Gesetz bestimmte Verkürzung der Arbeitszeit würde kaum 2 Prozent der preußischen Bergarbeiter zugute kommen. Selbst die elf- und zwölfstündigen Schichten würden, wo sie jetzt üblich seien, bestehen bleiben.

Kirche und Schule.

— Zum Kampf gegen die katholischen Studentenkorporationen beschloß die „Freie wissenschaftliche Vereinigung" an der Berliner Universität: „Die „Freie wissenschaftliche Vereinigung" an der Universität Berlin vertritt die Ansicht, daß konfessionelle Bestrebungen nicht die Grundlage für studentische Korporationen bilden dürfen. Sie erblickt zumal in dem Zusammenschluß der katholischen Studenten eine nationale Gefahr in der diesen Korporationen eigentümlichen Verquickung von Religion und Politik. Trotz dieser prinzipiell ablehnenden Haltung den katholischen Korporationen gegenüber sieht sich die „Freie wissenschaftliche Vereinigung" nicht in der Lage, die Bewegung zugunsten der gewaltsamen Unterdrückung der katholischen Korporationen gutzuheißen. Sie hält gerade das von den meisten Korporationen beliebte Vorgehen für eine ernste Bedrohung der akademischen Freiheit. Dem allen Studenten ohne Ausnahme bisher ungeschmälert zustehenden Recht der Koalition droht also keine Gefahr von seiten der Regierung, sondern ist gefährdet durch die Kampfesstellung der großen Mehrzahl der studentischen Korporationen. Will man wirksam und auf rechtlichem Wege gegen die katholischen Korporationen vorgehen, so bekämpfe man ihre konfessionell politische Tendenz, vergewaltige aber nicht ein Recht, das man selbst für sich in Anspruch nimmt, das Recht der Koalition."

Verwaltung und Rechtspflege.

— Der Staatsanzeiger veröffentlicht die Verordnung betr. die Abänderung und Ergänzung der Bestimmungen über die Tagegelder und Reisekosten der Staatseisenbahnbeamten.

Versammlungen und Kongresse.

— Die 58. Hauptversammlung des Evangelischen Vereins der Gustav Adolf-Stiftung tagt vom 18.—22. September zu Bromberg.

VI. Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag.

[Nachdruck verboten.] Hg. Köln, 9. Aug.

(Erster Tag.)

Der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag, die amtliche Vertretung der 71 Handwerks- und Gewerbekammern des Deutschen Reiches trat heute im großen Festsaale des „Fränkischen Hof" hier zu seiner VI. ordentlichen Hauptversammlung zusammen. Als Vertreter der Reichsregierung ist Geh. Regierungsrat Spielhagen-Berlin, als Vertreter des preußischen Handelsministers Geh. Oberregierungsrat Dr. Franke, als Vertreter des preußischen Ministeriums des Innern Geh. Regierungsrat Dr. Seefeld und Geh. Regierungsrat Dr. Diehoff-Berlin, und als Vertreter der bayerischen Staatsregierung Ministerialrat v. Rank-München erschienen. Die königl. sächsische Staatsregierung hat Oberregierungsrat Dr. Lentzsch-Dresden und die großh. hessische Regierung den Oberregierungsrat Dr. Wager-Darmstadt als ihre Vertreter zu der Tagung entsandt. Das Herzogtum Braunschweig ist durch Regierungsrat Dr. Stegemann-Braunschweig, und das königl. preußische Gewerbeamt durch den Gewerbeschulrat Romberg-Köln vertreten. Auch der Bund der Landwirte, der Verband Deutscher Gewerbevereine und die Stadt Köln hat Delegierte zu der von etwa 200 Teilnehmern besuchten Hauptversammlung entsandt. Von den Führern der Handwerkerbewegung bemerkte man die Abgg. Jakobskötter, Euler und Metzner sowie den Kommerzienrat Nagler-München.

Der Vorsitzende gedachte zunächst des verstorbenen Sekretärs der Bremer Handwerkskammer Dr. Brehmes, worauf Oberbürgermeister Tiggo-Köln die erschienenen Delegierten in der Stadt Köln willkommen hieß und auf die Bedeutung der diesjährigen Tagung hinwies.

Dann erstattete Handwerkskammer-Sekretär Dr. Wienbeck-Hannover den Geschäftsbericht und verbreitete sich besonders über die Ausführung der Beschlüsse des vorjährigen Verbandstages in Lübeck. Ein Teil der Beschlüsse sei nicht ausgeführt worden; so habe man Bedenken getragen, der Frage der Arbeiterschutzverbände näher zu treten, da die Handwerks- und Gewerbekammern sowohl die Interessen der Arbeitnehmer wie der Arbeitgeber zu vertreten haben, diese Frage also nicht in den Rahmen der Handwerks- und Gewerbekammern paßt. Auch in der Frage des Befähigungsnachweises wolle man erst die Beschlüsse des diesjährigen Kammertages abwarten, ehe weitere Schritte unternommen werden. Das Verhältnis zwischen den Handwerks- und Gewerbekammern und den leitenden Personen in Berlin sei in den letzten Jahren etwas zugespitzt gewesen. Deshalb sei eine persönliche Aussprache erwünscht gewesen, und diese habe auch zwischen dem Staatssekretär Grafen Posadowsky und Minister Möller und den Vertretern der Handwerkskammern stattgefunden. Letztere können über mangelndes Entgegenkommen hierbei im allgemeinen nicht klagen, es sei aber natürlich nicht möglich, im Verlaufe weniger Stunden die vielen Fragen, die dort angeschnitten wurden, gründlich zu erörtern. Man habe aber die Hoffnung mitnehmen dürfen, daß in Zukunft Handwerks- und Gewerbekammertag und seine Leitung mehr als Auskunftsstelle benutzt werden sollen, als bisher. Das war ja der Kern dessen, was man wollte, und wenn man sich in allen Fragen in Verbindung setze, hätte man die unzufriedene Stimmung in den Handwerkskreisen vermeiden können und kann sie noch in Zukunft vermeiden.

Die Versammlung genehmigte den Geschäftsbericht und setzte hierauf die endgültige Tagesordnung fest. Aus dieser sei hervorgehoben die Beratung und Beschlußfassung der ausgearbeiteten Gesetzentwürfe über den Befähigungsnachweis, ferner die Besprechung des Ausbaus der freiwilligen Alters- und Invaliditätsversicherung für selbständige Handwerker und die Vereinheitlichung der Jahresberichte der Handwerks- und Gewerbekammern. Zu den einzelnen Punkten liegen zahlreiche Anträge vor, deren Beratung morgen und übermorgen stattfinden soll.

Ausland.

Die Lage in Ungarn.

Der seitende Ausschuß der ungarischen koalierten Linken hielt gestern abend eine Konferenz ab, in der eingehend festgestellt wurde, wie sich die städtischen und die Komitatsbehörden gegen ungesetzliche Verordnungen des Ministeriums wegen Erhebung von Steuern und Aushebung von Rekruten verhalten sollen. In der Sitzung erschien auch der Präsident des Abgeordnetenhauses Justh und erklärte, es sei unwahr, daß er gesagt habe, er werde ein neuerliches kaiserliches Handschreiben wegen Vertagung des Hauses nicht berücksichtigen. Seine Erklärung habe sich nur auf den Fall bezogen, daß die Vertagung durch das Amtsblatt veröffentlicht werde, was er allerdings nicht zur Kenntnis nehmen könnte.

Loubets Besuch in Madrid.

Präsident Loubet trifft, laut Pariser Meldungen, am 23. Okt. in Madrid ein und wird dort im Königspalast absteigen. Sein Aufenthalt in der spanischen Hauptstadt ist auf drei Tage berechnet.

Die Affäre Jaluzot.

500 Angestellte des Warenhauses „Printemps" nahmen in einer gestern abend abgehaltenen Versammlung eine Tagesordnung an, welche die Art der Geschäftsführung Jaluzots verurteilt und für die von den Angestellten hinterlegten Bürgschaftsgelder eine Sicherstellung verlangt. Die Tagesordnung ermächtigt zugleich die Syndikatskammer der Handlungsangestellten, gegen Jaluzot eine Klage einzureichen. Die Anklageschrift wird dem Justizminister morgen vorgelegt. — Die Untersuchung der Lage des Warenhauses „Printemps" ergab, daß die Firma lebensfähig ist, obwohl sie ungefähr die Hälfte ihres Kapitals durch den Zusammenbruch Jaluzots verlor. Die eingezahlten Spargelder sind völlig gedeckt; die Zahlungen dürften bereits nächste Woche wieder aufgenommen werden.

Die Lage in Rußland.

Beendeter Streik.

Der Ausstand der Arbeiter der Warschau-Wiener Eisenbahn ist beendet.

Der Krieg in Ostasien.

Die Friedensverhandlungen.

Die gestrige Sitzung der Friedenskonferenz in Portsmouth währte zwei Stunden und trug einen sehr herzlichen Charakter. Bei Beginn überreichte Witte den Japanern eine diplomatische Note darüber, daß sie gestern versäumt haben, ihre Vollmachten mitzubringen. Da die Japaner keinen Einspruch dagegen erhoben, wurde sie offiziell zu Protokoll gegeben. Die russische offizielle Erklärung sagt, daß die Frage der Bevollmächtigten der Mächte jetzt in der Weise geregelt sei, daß über diesen Gegenstand keine Schwierigkeiten mehr entstehen können. Nachdem die Konferenz beendet war, gingen die Mitglieder um 12 Uhr zum Frühstück nach dem Marinearsenal. Die Russen zogen sich zurück und prüften die Friedensbedingungen.

Bei der Prüfung der japanischen Beglaubigungsschreiben stellten, dem „Daily Telegraph" zufolge, die russischen Friedensbevollmächtigten fest, daß in diesen der Mikado verlange, daß jede von den Friedenskommissaren getroffene Vereinbarung seinem Ermessen unterbreitet werden müsse, während der Zar die russischen Friedensunterhändler in ihren Beglaubigungsschreiben ermächtigt, in seinem Namen Bedingungen und Zugeständnisse zu verlangen und anzunehmen, und den etwaigen Abmachungen, die sie unterzeichnen würden, seine Genehmigung erteilt. Infolgedessen erklärte Witte bei Eröffnung der gestrigen Sitzung, um die gegenseitigen Machtbefugnisse auszugleichen, beabsichtigten die russischen Friedensunterhändler, von der ihnen erteilten Ermächtigung, den Friedensvertrag ohne jede Besprechung mit dem Kaiser von Rußland zu unterzeichnen, keinen Gebrauch zu machen.

An den Konferenzen in Portsmouth nehmen nach gemeinsamer Vereinbarung teil: Witte und Roien, Komura und Takahira, ferner Plancon, Nobokhoff, Korostovetz. Sato, Pichai und Deitchi, also je fünf Russen und Japaner. Daß die Unionsregierung die voraussichtliche Dauer der Friedenskonferenz nicht kurz bemißt, darf man vielleicht aus der Tatsache schließen, daß die italienische Musikkapelle, welche im Hotel spielen soll, auf vier Monate in das Fort Konstitution garnisoniert wurde.

Von russischer amtlicher Seite wird wiederholt erklärt, daß an einen Friedensschluß nicht zu denken sei, sobald Japan nicht wider Erwarten auf die Abtretung Sachalins verzichtet und die Forderung einer Kriegsentschädigung fallen läßt. Trotzdem würden aber die Unterhandlungen mit Rücksicht auf Roosevelt fortgesetzt.

Der Korrespondent der „Times", der Witte auf seiner Fahrt nach New York begleitete und von Portsmouth (Vereinigte Staaten) aus über den Verlauf der Friedenskonferenz berichtet, teilt seinem Blatte mit, daß noch ganz gewaltige Schwierigkeiten im Wege stehen, ehe die Konferenz ihre eigentlichen Arbeiten aufzunehmen in der Lage sein wird. „Es verlautet namentlich", so schreibt er u. a., „noch vollständige Unklarheit über die Art und Weise der Führung der Verhandlungen. Man kann sich an keine Präzedenzfälle anlehnen, und wenn sie gegeben wären, so besäßen sie keine bindende Kraft für die Japaner und vielleicht auch nicht für die Russen. Es gibt da keinen Bismarck, um den Vorsitz zu führen, niemand, der auf dem Wirbelwind reiten und dem Sturm seine Bahnen weisen kann, wie es der Eiserne Kanzler im Jahre 1878 tat. Mehr als einmal hörte ich den Wunsch aussprechen, daß Präsident Roosevelt sein großes Mittlerwerk weiter ausgedehnt und auch den Vorsitz bei der Konferenz übernommen hätte. Das war aber nicht möglich und es war auch nie seine Absicht, an den Beratungen teilzunehmen. In Ermangelung eines Bismarck und eines Roosevelt scheint alles in der größten Verwirrung zu sein. Von Witte glaubt man, daß er eine Rede für die Eröffnung vorbereitet hat, in der er auf den Ursprung des Krieges zurückgreift. Die Japaner werden wahrscheinlich die Ansicht vertreten, daß sie nicht gekommen seien, um historische Unter-

---

und Omatako, die Graf Schweinitz suchen sollte, gäbe es nicht.

Auf dem weiteren Wege nach Otjituo, das am 28. Februar erreicht wurde, fand sich wieder etwas Wasser. Die Pferde und Esel der Patrouille Schweinitz kamen sämtlich in leidlichem Zustand in Grootfontein an. Bescheiden wird dazu bemerkt: „Die Beschränkung der Mannschaftsverpflegung zugunsten der Haferration hat gute Früchte getragen." Mit anderen Worten, die braven Reiter hatten für ihre Pferde gehungert.

Der Patrouillenführer, dessen Taktvoll die vollste Anerkennung verdient, befand sich bereits seit dem 22. Dezember fast ununterbrochen auf Streifzügen. Anfang Mai finden wir ihn wieder am Eiseb östlich Epata, wo er mehrere Hereros-Lager aufstöberte und aufhob. Am 11. Mai stieß er auf den letzten, bis jetzt in der Omaheke gemeldeten Gegner, etwa 200 Salatiel-Leute, von denen in heftigem Gefecht 14 fielen. Er selbst wurde dabei durch einen Schuß in den rechten Oberschenkel verwundet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19050811028/fragment/page=0002

suchungen anzustellen, sondern um zu sehen, ob der Krieg, und unter welchen Bedingungen beendigt werden kann. Sie dürften daher es in ihrer höflichen Weise ablehnen, sich in eine Debatte einzulassen, die zwecklos und endlos ist. Die Japaner sind bereit, ihre Bedingungen auf den Tisch zu legen, wollen das aber in ihrer eigenen Weise tun. Ehe sie die Höhe der Kriegsentschädigung, die sie verlangen, nennen, werden sie wissen wollen, ob Rußland überhaupt geneigt ist, eine Kriegsentschädigung zu zahlen. Ehe sie ihre Ansichten in bezug auf Sachalin und Wladiwostok bekannt geben, dürften sie fragen, ob Rußland überhaupt geneigt ist, Ländergebiete abzutreten und einen befestigten Hafen in einen Kauffahrteihafen umzuwandeln. Ich glaube dabei, daß die Japaner alle einleitenden Schritte zur Konferenz ebenso sorgfältig überdacht haben wie ihre ersten Schritte für den Kriegsfall. Sie können keine Regeln vorschreiben, festsetzen oder gar erzwingen, sie können aber überlegen und abwägen, und ich glaube, daß sie alle Möglichkeiten bereits in Erwägung gezogen haben. Ihre Diplomatie ist ebenso elastisch wie ihre Strategie. Man wird finden, daß sie jedem erstehenden Falle gegenüber gerüstet sind. Ob Rußland bestimmen wird, ist allerdings eine andere Frage. In einem Punkte scheinen aber Russen und Japaner derselben Meinung zu sein. Die Konferenz soll nicht an bloßen Formfragen scheitern. Angenommen, daß die Russen Vollmachten besitzen, die von den Japanern als eine Art Bürgschaft betrachtet werden können, daß die Friedensverhandlungen ernst gemeint sind, dann wird die Konferenz von beiden Seiten mit dem Wunsche geführt werden, eine friedliche Lösung zu finden. Weder Rußland noch Japan betrachten den Frieden als notwendig, beide betrachten ihn aber als wünschenswert. Beide glauben, daß sie Roosevelt Dank schulden. Wenn schon aus keinem anderen Grunde, so werden sie doch im Hinblick auf den unbezweifelten guten Willen des Präsidenten gegenüber beiden Mächten und auf seine Stellung als Agent der Zivilisation davor zurückschrecken, die Konferenz kurzweg abzubrechen.

Japanische Bereitschaft.

Ein Tokioter Telegramm des „Daily Telegraph" sagt, daß trotz der großen Anforderungen, die der Krieg an die japanischen Werften stelle, immerfort Erweiterungen und Verbesserungen daran vorgenommen werden. Diese könnten bald den besten der Welt gleich gestellt werden. Man werde demnächst in der Lage sein, alle Arten von Schiffen zu bauen und ebenso alle Kaliber von Geschützen. Eine große Anzahl Torpedozerstörer seien kürzlich in Japan von Stapel gelassen worden.

Unruhen in China.

Der „Daily Telegraph" meldet neuerdings aus Tokio: Es sind ernste Anzeichen von Unruhen in China vorhanden. Einem Telegramm aus Peking zufolge hat eine große Anzahl Lama zwölf Katholiken umgebracht und mehrere französische Missionare in der Provinz Honan getötet oder verwundet. Von französischer Seite werden aus diesem Anlaß ernste Vorstellungen bei der chinesischen Regierung erhoben.

Nach einem Telegramm des amerikanischen Generalkonsuls in Shanghai erklärt die Handelskammer in Shanghai sich für machtlos, den amerikanischen Boykott aufzuhalten. Die übrigen Fremden hegten die Befürchtung, daß sich diese Bewegung auch auf sie erstrecken könne.

Die Lage in Marokko.

Der Londoner „Daily Telegraph" meldet aus Tanger: Alle Handelsstraßen zwischen den marokkanischen Seehäfen und der Stadt Marokko mit Ausnahme des Weges von Mogador aus, sind wegen eines allgemeinen Aufstandes der um Marokko herum wohnenden Stämme stark gefährdet. Mehrere Karawanen sind geplündert worden.

Gerichtsverhandlungen.

Die Reiterattacke des Grafen Pückler auf eine Dreschmaschine.

Hg. Glogau, 10. August.

Die Verhandlung beginnt gegen 9¼ Uhr, den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Roth, die Anklage vertritt Staatsanwalt Paull, dem Angeklagten steht Rechtsanwalt Müller zur Seite. Als Sachverständiger ist der Psychiater Dr. Peters anwesend, der auf Antrag des Vorsitzenden geladen ist. Dem Vorsitzenden hat Graf Pückler übrigens eine Forderung zugehen lassen, der Vorsitzende hat aber den eingeschriebenen Brief nicht angenommen. Graf Pückler fühlte sich nämlich beleidigt, weil der Gerichtshof seine Verhaftung wegen Ausbleibens vor Gericht beschlossen hat.

Kurz vor 9 Uhr kam der Angeklagte, Graf Pückler, in einer zweispännigen Equipage vor das alte Schloß gefahren, das als Gerichtsgebäude benutzt wird. Er ist elegant gekleidet, trägt einen Zylinder und sieht heiter aus. Es sind zahlreiche Zuhörer erschienen.

Auf Befragen des Präsidenten erklärt Graf Pückler, daß er sich eine Schar von Reitern halte, mit denen er im Lande umherreite, auch sehr häufig auf fremdem Gebiet. Er mache sich oft den Scherz, die Leute zu erschrecken. So sei er auch eines Tages mit seinen Leuten nach Kropusch gekommen und sei vom Voigt Paull beschimpft worden. — Präs.: Sie sollen den Voigt einen Lumpen genannt haben! — Angekl. Graf Pückler: Das ist möglich. Er hat mich aber auch beschimpft, obwohl er zum Schimpfen gar keine Veranlassung hatte. Die ganze Geschichte war fabelhaft harmlos. (Heiterkeit.) — Präs.: Es war doch aber ein förmlicher Ueberfall auf den Voigt! — Angekl.: Es war gar kein Ueberfall, die ganze Sache dauerte kaum eine halbe Minute. — Präs.: Haben Sie nicht gesagt, wir wollen eine Attacke reiten gegen feindliche Männer? — Angekl.: Auch das ist möglich, ich gebrauche häufig kriegerische Wendungen (Heiterkeit), ich reite alle Tage Attacke und kein Mensch hat bisher etwas dagegen gehabt. — Präs.: Sie müssen sich doch aber sagen, daß Sie nicht auf fremdes Gebiet reiten dürfen. — Angekl.: Dagegen hat bisher niemand etwas gehabt. Ich kann doch übrigens nichts dafür, daß ein Mensch an Krämpfen leidet. — Präs.: Sie sollen gesagt haben, Sie wollten dem Voigt den Schädel spalten. — Angekl.: Das weiß ich nicht mehr. Die Bauern sind mir sehr gewogen. Ich lade sie öfters zu Reiterfesten ein; ich bin sehr populär und kein Mensch nimmt mir das übel. — Vorl.: Sie dürfen doch aber nicht Angriffe auf Menschen machen. — Angekl.: Ich bin seit 10 Jahren auf meinem Gute, die Leute sind daran gewöhnt und niemand tritt mir entgegen. — Präs.: Der Voigt hatte doch aber seine Arbeiter zu beaufsichtigen, Sie dürften ihn doch vor den Arbeitern nicht beschimpfen. — Angekl.: Ja, das gebe ich zu, gesetzlich war er im Recht, aber moralisch bin ich im Recht gewesen. (Heiterkeit.) — Präs.: Mir ist Ihr ganzes Verfahren unverständlich. Sie sind ein Mann von 44 Jahren und waren früher Jurist, wie können Sie da ohne weiteres die Leute erschrecken und derartige Attacken machen. — Angekl.: Das können Sie nicht beurteilen. (Große Heiterkeit im Zuschauerraum). — Die heutige Zeit hat für mich absolut kein Verständnis, weil sie einen natürlichen und frischen Menschen überhaupt nicht mehr versteht. Die heutige Zeit ist eine Zeit des Verfalls und der Dekadenz. Meine Standesgenossen sind erstaunt darüber, daß ich früh um 5 Uhr aufstehe und ausreite. — Präs.: Das ist ja ganz nett von Ihnen. Sie müssen aber doch begreifen, daß Sie einen Eingriff in fremdes Recht nicht unternehmen dürfen. — Graf Pückler: Ich habe mir durch mein politisches Auftreten eine Stellung im Leben erworben, die Bauern stehen treu zu mir und lassen mir viel durch die Finger gehen. — Präs.: Sie wollen die Sache so darstellen, als ob dieser Angriff ein Ausfluß Ihres frischen übermütigen Humors sei. — Angekl.: Jawohl, so sind meine ganzen Scherze aufzufassen. — Präs.: Sie haben z. B. früher den Stationsvorsteher von Klein-Tschine beleidigt, indem Sie ihm sagten, daß er ein schlapper Kerl sei, und Sie sind wegen Beleidigung bestraft worden. — Angekl.: Er ist ein schlapper Kerl gewesen, denn er konnte nicht einmal 300—400 Zentner Getreide verladen. Was will er wohl machen, wenn wir in einem Kriege 3—4 Millionen auf einmal über die Grenze schicken wollen. — Präs.: Sie sind mehrfach wegen Aufreizung zum Klassenhaß vorbestraft. Es handelte sich um Versammlungen, in denen Sie heftige Reden gehalten haben. Wie vertragen sich diese Angriffe in ein fremdes Recht mit der Mission, die Sie angeblich zu erfüllen haben? — Angekl.: Diese Reitergefechte sind eine Bauernbewegung, die ich entflammen will. Wenn die freisinnige Presse nicht so gegen mich hetzen würde und wenn die Behörden nicht so feindlich mir gesinnt wären, so würde ich schon viel mehr erreicht haben, zu meinen Reiterfesten würden dann nicht 50, sondern mehrere Hundert Bauern kommen. — Präs.: Was wollen Sie denn mit den Bauern anfangen? — Angekl.: Ich will sie zu patriotischen, samosen Kerls erziehen. (Heiterkeit.) — Präs.: Der Angriff auf die Dreschmaschine war doch keine harmlose Sache, Sie haben nicht das Recht, Leute zu erschrecken. — Angekl.: Ich bin Rittergutsbesitzer und nehme eine Stellung ein, die höher ist als die eines Volgts und Dienstknechtes.

Damit ist das Verhör des Angeklagten beendet, es wird in die Zeugenvernehmung eingetreten. Sämtliche Zeugen bekunden, daß der Graf sie erschreckt und bedroht habe. Der Vogt Paull habe die Kartoffelhacke über den Kopf gehalten, um sich zu schützen, und Graf Pückler habe ihn aufgefordert, die Hacke herunter zu nehmen. In der Bedrängnis habe Vogt Paull einige Worte der Abwehr gebraucht. — Damit ist die Zeugenvernehmung beendet; es soll der ärztliche Sachverständige über die Zurechnungsfähigkeit des Grafen Pückler vernommen werden.

Der Erste Staatsanwalt Paull und R.-A. Müller erklären, daß sie auf die Vernehmung des Sachverständigen verzichten, da es feststehe, daß der Graf sich bei den Reiterangriffen durchaus vernünftig gezeigt habe und ein Strafausschließungsgrund nicht bestehe. Das Gericht beschließt nach kurzer Beratung, daß der Antrag auf Vernehmung des ärztlichen Sachverständigen abzulehnen sei.

Nunmehr nimmt der Angeklagte Graf Pückler das Wort, um in längeren Ausführungen seinen bekannten Standpunkt darzulegen. Er bemerkt dabei, daß der Herr Christus bei ihm in diesem Saale weile, sonst hätte er den heiligen und schweren Kampf nicht führen können.

Dieses Schlußwort des Angeklagten gibt dem Gerichtshof Veranlassung, die Vernehmung des ärztlichen Sachverständigen vorzunehmen, weil sich dem Gerichtshof die Ueberzeugung aufgedrängt habe, daß möglicherweise die geistige Zurechnungsfähigkeit nicht bestehe. Es wird hierauf der Direktor der Irrenanstalt Leuthen, Dr. Kunowski, aufgerufen. Dieser erklärt, daß er nicht genügend Zeit und Gelegenheit gehabt habe, um den Geisteszustand des Grafen Pückler beurteilen zu können. Er könne deshalb ein bestimmtes Urteil darüber nicht abgeben, ob geistige Defekte vorliegen, die die strafrechtliche Verantwortung ausschließen. Um zu einem solchen Urteil zu gelangen, erscheine ihm die Unterbringung des Grafen Pückler in eine Irrenanstalt auf 6 Wochen zur Beobachtung seines Geisteszustandes notwendig.

Vert. Rechtsanwalt Müller erhebt dagegen Einspruch. Man könne gegenüber solchen geringfügigen Vergehen, wie sie dem Angeklagten jetzt zur Last fallen, ihn nicht gleich auf 6 Wochen einsperren. Eine Einsperrung in die Irrenanstalt würde ihn schwerer treffen, als die etwaige Strafe. — Auf die weitere Beweisaufnahme wird verzichtet. Der Erste Staatsanwalt nimmt das Wort und beantragt gegen den Angeklagten Grafen Pückler wegen Beleidigung 50 M. und wegen Nötigung 500 M. Geldstrafe. — In seinem Schlußwort erklärt Graf Pückler, daß er den Gerichtshof höflichst bitte, sich für seine Zurechnungsfähigkeit zu erklären. Er stehe zum 19. Male vor Gericht und jedesmal werde darüber verhandelt, ob er verrückt sei oder nicht. Das müsse den Menschen verrückt machen. Er habe in Berlin eine große Partei hinter sich und die Sache gehe gut vorwärts. Wenn man ihn für geistig krank erkläre, so störe man diese Entwicklung der Dinge.

Nach kurzer Beratung verkündet der Präsident folgenden, schon in der Morgenausgabe mitgeteilten Urteilsspruch: Der Angeklagte wird wegen Nötigung und Beleidigung zu einer Geldstrafe von 350 M. verurteilt, der Haftbefehl wird aufgehoben. Der Vorsitzende führt aus, der Gerichtshof habe allerdings Bedenken gegen die geistige Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten, diese gehen aber nicht soweit, daß die freie Willensbestimmung ausgeschlossen erscheine.

Provinzialnachrichten.

* **Wittenberg**, 10. Aug. [In der Stadtverordneten-Versammlung] legte Stadtrat Schlier krankheitshalber sein Amt als Stadtrat nieder. Der Vorsitzende sprach dem Scheidenden, der nahezu 22 Jahre, zunächst als Stadtverordneter und dann als Magistratsmitglied, zum Wohle der Stadt gewirkt habe, den Dank der Bürgerschaft aus. Die vom Regierungspräsidenten angeregte Stiftung eines Stipendiums zum Besuch von Meisterkursen wurde einstimmig abgelehnt. Zur Wiederherstellung des Kriegerdenkmals wurden 600 M. bewilligt.

* **Eilenburg**, 10. Aug. [Unentgeltliche Rechtsbelehrung.] Der Magistrat gibt bekannt, daß im allgemeinsten Interesse der sozialen Fürsorge Unbemittelten in seinen Geschäftsstellen Rechtsbelehrung in allen Fragen der sozialen Gesetzgebung und den sie vorwiegend berührenden Verwaltungsangelegenheiten, unentgeltlich erteilt, auch auf Verlangen die erforderlichen Schriftsätze ohne Entgelt angefertigt werden. Regreßansprüche werden nicht übernommen.

* **Lauchstädt**, 10. Aug. [Bissiger Hund.] Der 12jährige Sohn des Arbeiters Hammer wurde bei Klein-Lauchstädt von einem großen Hunde, der nicht angekettet war, so übel zugerichtet, daß er sofort nach Halle in die Klinik geschafft werden mußte.

* **Halberstadt**, 10. August. [Der Streik der Handschuhmacher] hat einen unerwarteten Umfang angenommen. In fast sämtlichen Handschuhfabriken ruht die Arbeit, nur bei der Firma Sigmund Lasch werden noch etwa 20 Personen beschäftigt, 10 Werkführer und Wochengehilfen und im übrigen Lehrmädchen Hausarbeiter.

* **Halberstadt**, 10. Aug. [Zu dem Eisenbahnunglück bei Spremberg] wird der „Hbst. Ztg." mitgeteilt, daß ein Halberstädter, der Kaufmann Emil Klodwig, auf der Station Spremberg denselben Zug, der nachher mit dem anderen zusammengestoßen ist, infolge einer plötzlichen Unpäßlichkeit verlassen hat. Vielleicht hat Herr Klodwig, der sich ebenfalls in einem Abteil zweiter Klasse und zwar unmittelbar hinter dem am meisten mitgenommenen Wagen befand, seiner Unpäßlichkeit das Leben zu verdanken. Herr Klodwig beteiligte sich später mit an den Rettungsarbeiten, nachdem von Spremberg aus der Sanitätswagen mit der Maschine zur Unfallstelle abgelassen war.

* **Reinstedt a. H.**, 10. Aug. [Die hiesigen Anstalten] gewinnen von Jahr zu Jahr an Ausdehnung, und die vorhandenen Gebäude sind schon längst nicht mehr ausreichend. Es werden daher jetzt wieder umfangreiche Neubauten oberhalb der Anstaltskirche ausgeführt, von denen ein Knabenhaus bereits im Rohbau fertiggestellt ist. Ferner wird in der nächsten Zeit mit dem Bau von Beamtenwohnungen begonnen werden. Auch ist die Anlage einer eigenen Wasserleitung für die Anstalten geplant.

* **Osterburg**, 10. Aug. [Aus dem Zuge gesprungen.] Ein junges Mädchen, Klara Heubling, sprang auf Bahnhof Harpe aus dem in voller Fahrt befindlichen Schnellzuge und erlitt dabei so schwere Verletzungen, daß sie sofort tot war. Sie hatte einen später fahrenden Personenzug benutzen wollen und in Harpe ihren Irrtum bemerkt.

— [Ordensverleihungen.] Verliehen wurde: Dem Vorarbeiter Karl Gebhardt zu Helfta im Mansfelder Seekreise und dem Hüttenarbeiter Friedrich Pollin zu Leimbach im Mansfelder Gebirgskreise das Allgemeine Ehrenzeichen.

* **Weimar**, 10. August. [Diamantene Hochzeit.] Am 14. d. M. feiert der Landschaftsmaler Professor Karl Hummel, Sohn des Komponisten Joh. Nepomuk Hummel, und seine Gattin Alexandra geb. Völckel das Fest der diamantenen Hochzeit. Beide Jubilare waren in ihrer Kindheit Spielgenossen der Enkel Goethes und haben als solche viel im Hause des Dichters, an den sie noch viel Erinnerungen bewahren, verkehrt. Seit 1859 wirkt Hummel an der Großherzoglichen Kunstschule als Lehrer.

* **Tambach**, 10. Aug. [Die hiesige Talsperre], die gebaut wird, um Gotha mit Wasser zu versehen, nähert sich ihrer Vollendung. Die Werkleute sind jetzt emsig an der Arbeit und an der Sperrmauer fehlt nur noch 1 bis 1,5 Meter und die Auffetzung der gewaltigen Deckplatte. Das Tal hat an der gesperrten Stelle eine Breite von 120 Metern. Die Fundamente der Sperrmauer sind 23 Meter stark; nach oben verjüngt sie sich zu der immer noch respektablen Stärke von 4 Metern und erreicht die Höhe von 80 Metern. Etwa 2 Kilometer aufwärts sind einige kleinere Zuflüsse der Apfelstädt gestaut und liefern schon eine bedeutende Menge Wasser. In der Nähe des Ortes sind Kläranlagen, aus denen das Wasser talabwärts geleitet wird. Noch im Laufe d. J. gedenkt man das gewaltige Bauwerk, dessen Kosten 2 Millionen M. übersteigen, zu vollenden. In Kürze beginnt man bei Pöhneck eine Talsperre, deren Kosten sogar auf 3 Mill. Mark veranschlagt sind.

* **Koburg**, 10. Aug. [Verhängnisvolle Wagenpartie.] Als sich die Institutsvorsteherin Frau Kammerzell mit ihren drei Kindern und einer bei ihr zu Besuch weilenden Dame auf einer Spazierfahrt befanden, gingen die Pferde des Wagens durch und rasten auf eine steile Straße hinab. Sämtliche Insassen wurden aus dem Wagen herausgeschleudert und verletzt. Die 10jährige Tochter der Frau Kammerzell erlitt neben anderen schweren Verletzungen komplizierte Ober- und Unterschenkelbrüche. Sie wurde in bedenklichem Zustande in das Landkrankenhaus gebracht.

* **Dessau**, 10. August. [Seinen Verletzungen erlag] der Arbeiter Buxke, der am Montag von dem Arbeiter J. durch einen dargebotenen Trunk Salzsäure vergiftet wurde. Die wünschenswerte Aufklärung über den ganzen Vorfall dürfte wohl erst die eingeleitete Untersuchung ergeben.

* **Braunschweig**, 10. Aug. [Die Sense.] Mehrere Frauen, von denen die eine eine Sense trug, gingen in Liebenburg die Dorfstraße entlang und wurden von dem auf seinem Rade fahrenden 15jährigen Barbierlehrling Bolse überholt. Im Moment des Vorbeifahrens drehte sich die Frau, die die Sense trug, wohl durch die Klingel erschreckt, um und verletzte den Radfahrer lebensgefährlich am Halse. Der Unglückliche stürzte vom Rade und fiel nun noch in die Sense, sich weitere Verletzungen am Halse und an der Hand zuziehend. Der Verunglückte liegt hoffnungslos im elterlichen Hause darnieder.

* **Plauen**, 10. Aug. [Unwetter.] Heute nachmittag ist über Plauen und Umgegend, sowie Lausigk und weitere Gebiete ein furchtbares Unwetter niedergegangen, das an Fluren und Gärten viel Schaden angerichtet hat. Durch eine Windhose wurden zahlreiche starke Bäume entwurzelt oder umgelegt und Felder und Wälder stellenweise arg verwüstet. An den Häusern sind namentlich viele Fensterscheiben zertrümmert und Schornsteine und Dächer beschädigt worden. Auch erlitten mehrere Personen erhebliche Verletzungen. Die tiefer gelegenen Gebäude hatten durch das einströmende Wasser viel zu leiden. Auch wurden vielfach die Getreidepuppen fortgeschwemmt.

* **Roßwein**, 10. Aug. [Als Brandstifterin] wurde in Naußlitz die Magd des Gutsbesitzers Spieß verhaftet, die vorige Woche, anscheinend aus Rache, Scheune und Seitengebäude in Brand gesteckt hat.

* **Leipzig**, 11. Aug. [Zu Tode mißhandelt.] Der Fleischer Reichardt, der am 3. in Mockau von mehreren polnischen Arbeitern vom Wagen geworfen und in Kopf und Brust gestochen wurde, ist hier im Stadtkrankenhause zu St. Jakob den erlittenen Verletzungen erlegen.

Standesamtliche Nachrichten.

Standesamt Halle N. (Burgstr. 38), 10. August.

Aufgeboten: Kaufmann Louis Roehrich und Elise Kuhnt (Göbenstr. 21 und Gütchenstr. 6). Lehrer Ernst Förster und Anna Harnisch (Kellstr. 113 und Elsdorf).

Eheschließung: Kaufmann Otto Schwenke und Marie Köppen (Dessauerstr. 15).

Geboren: Universitätsprofessor Dr. phil. Karl Heldmann T., Renate (Goethestr. 35). Geschirrführer Andreas Trümper S., Max (Trotharstr. 78). Versicherungsdirektor Michael Bornschlegell S., Max (Ludw. Wuchererstr. 86). Handarbeiter Karl Schaaf S., Paul (Feldstr. 5). Maurer Franz Schmidt T., Johanne (Schleifweg 3). Kaufmann Hans Neunert T., Käthe (Fichtestr. 3). Lehrer Paul Schnelle S., Gerhard (Fichtestr. 3)

Gestorben: Stationsbote Wilh. Peter, 65 J. (Sophienstr. 30). Schneidemüllers Friedr. Grüber T. Margarete, 9 Mon. (Eichendorffstr. 9). Arbeiters Rich. Thieme T. Frida, 1 Mon. (Lessingstraße 26). Krankenpflegers Gustav Scheibe S. Otto, 2 W. (Wörthstr. 1). Dienstknecht Gustav Speer aus Fienstedt. 20 J. (Nervenklinik).

Standesamt Halle S. (Steinweg 2), 10. August.

Aufgeboten: Kesselheizer Hermann Klahre und Emma Wittig (Zwingerstr. 28 und Kuttelhof 10). Lehrer Gustav Stredicke und Margarete Märker (Sollstedt und Leipzigerstr. 68). Kaufmann Franz Günther und Margarete Breiting (Hirtenstr. 14). Handarbeiter Otto Blütchen und Ida Hartmann (Lilienstraße 4).

Geboren: Postboten Friedrich Hübscher S., Friedrich (Streiberstr. 14). Fabrikarbeiter Heinrich Schneidewind S., Heinrich (Landsbergerstr. 49). Maschinenschlosser Robert Heinrich T., Anneliese (Torstr. 24). Schuhmacher August Schröder T., Else (Kl. Brauhausstr. 7). Eisenbahnvorarbeiter Martin Meckbach T., Elly (Krausenstr. 2).

Gestorben: Professor Konrad Siemer S. Lothar, 6 M. (Canstetinstr. 14). Schaffner August Göring, 34 J. Witwe Henriette Schmidt geb. Günther, 77 J. (Klinik). Modelltischlers Ernst Schmidt T. Margarete, 2 Wch. (Kapellengasse 2). Arbeiters Wilh. Frommann T. Minna, 2 Wch. (Schlosserstr. 16). Maurers Karl Mennicke S. Hermann, 1 J. (Eholmcktr. 4). Bahnarbeiters Ernst Hintzsche S. Hans, 7 M. (Reideburgerstr. 10). Fleischers Karl Schiemann S. Walter, 3 Wch. (Freimfelderstraße 37). Lackierers Friedr. Senck T. Charlotte, 6 M. (Liebenauerstr. 158).

Auswärtige Aufgebote.

Der wissensch. Lehrer Dr. phil. Friedrich Glitscher u. Valeska Kriele (Godesberg u. Halle).

Leitung: Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: J. B.: Albert Herling; für den lokalen Teil: Erich Beuthner; für Provinzialnachrichten: Albert Herling; für das Feuilleton: Dr. Arthur Ploch; für den Handelsteil: Ernst Böhme; für den Inseratenteil: J. B.: Albert Teubner. Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 10 Seiten —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19050811028/fragment/page=0003

Pantoffel werden verschenkt!!!

Jeder Käufer erhält

bei **Einkauf von Mk. 5.—** an ein Paar Damen- oder Herren-Pantoffel in beliebiger Grösse

vollständig gratis!

Bald ist zu Ende der

Riesen-Massen-Verkauf unserer weltberühmten Schuhwaren

zu auffallend herabgesetzten Preisen!

Noch befinden sich unter den Vorräten:

Herren-Zugstiefel kerniges Wichsleder	3.75 M.	Damen-Schnürstiefel aus starkem Rindleder	3.80 M.
Herren-Zug- u. Schnürstiefel dauerhafte Strassenstiefel	4.20 M.	Damen-Knopf- u. Schnürstiefel vorzügliches Rossleder	4.40 M.
Damen-Zugstiefel bewährte Strapazier-Stiefel	2.90 M.	Damen-Schnürschuhe aus starkem Rindleder	2.50 M.

Conrad Tack & Cie.

Deutschlands bedeutendste **Schuhwaren-Fabriken** BURG b. Mgdbg.

Verkaufshaus **Halle a. S.:** **1 Schmeerstrasse 1.**

Zur Anfertigung von Baupolizei- und Konzessions-Zeichnungen und Uebernahme sämtl. Maurerarbeiten empfiehlt sich
Carl Schmidt, Lessingstraße 4.

Extra billig.

Ein Posten Sommerwaschhosen von 1.50 M an,
Ein Posten Sommerwaschjacketts von 2 M an,
Ein Posten Knaben-Anzüge in Wasch- u. a. Stoff v. 2 M an,
Ein Posten Stoffhosen v. 2½ M an,
Ein Post. Leibchenhosen v. 75 ₰ an,
200 Stück hochelegante modernste Herren- und Burschen-Anzüge von 8, 10, 12, 15, 18, 24 M. 2c.

Renners Kaufhaus,
14 Marktplatz 14.

5% in Rabatt-Spar-Marken.

Drachen
in Papier und Leinwand,
Japanische Fliegen
in vielen Größen für Händler und im einzelnen billigste Bezugsquelle.
Albin Hentze,
24 Schmeerstrasse 24.

Wein-Offerte!!

Bowlen-Weine 50 ₰,
Moselweine 60, 70, 80, 90 ₰,
Rotweine 55, 65, 75, 85 ₰,
Sekte 1.75, 2.25, 3, 3.50 M
inkl. Steuer.

Elsner & Co.,
Weingroßhandlung,
Kl. Ulrichstraße 21.
Fernruf 2322.
Mitglied des Rabatt- und Spar-Vereins.

Tadellos und schnell
reinigt und färbt alles

K. Mauersberger,

Färberei und chemische Reinigungs-Anstalt.

Mechanisches Teppich-Klopfwerk.
Grösstes Etablissement der Provinz. — Ueber 100 Angestellte und Arbeiter.
6 Filialen in Halle (und div. Annahmestellen).
Abholen und Rückliefern kostenfrei.
Fernruf 1248 und 1252. Fabrik-Fernruf Ammendorf 20.

Erdbeer-Pflanzen

gut bewurzelt, in den Sorten: **Laxtons Noble, Kaisers Sämling, König Albert,** 9/0 M 3, 9/0 M 20, hat jetzt, zur besten Pflanzzeit, abzugeben

Paul Huber,
Baumschule Halle a. S.,
Merseburger Chaussee.

Lokomobilen

in allen Größen, fahrbar und stationär, für Landwirtschaft, Ziegeleien 2c., liefert in bester Ausführung

Feodor Siegel, Maschinenfabrik,
Schönebeck a. Elbe.

S. Weiss, Halle S.

Zur **Jagd**

Empfehle:
wasserdichte **Leinen-Anzüge**
wasserdichte **Loden-Anzüge**
wasserdichte **Jagd-Mäntel**
Loden-Joppen
Gamaschen und Stulpen
in Leder und Jagdleinen
Rucksäcke

Loden-Pelerinen
garantiert wasserdicht,
mit Durchgriff und Tragriemen.

Hallescher Bank-Verein
von Kulisch, Kaempf & Co.
Status ultimo Juli 1905.

Aktiva.

Kassenbestand mit Einschluss des Giro-Guthabens bei der Reichsbank	Mk.	186,623
Guthaben bei Bankiers	„	208,829
Lombard-Konto	„	3,072,609
Wechsel-Bestände	„	8,017,789
Effekten	„	134,556
Sorten und Coupons	„	43,704
Debitoren in laufender Rechnung	„	9,567,715
Diverse Debitoren	„	7,035,816

Passiva.

Aktien-Kapital	„	9,000,000
Depositen mit Einschluss des Checkverkehrs	„	4,859,074
Akzepte	„	1,908,322
Kreditoren in laufender Rechnung	„	5,671,208
Diverse Kreditoren	„	4,588,241
Reserve- und Delkredere-Fonds	„	2,186,251

Donnerstag u. folgende Tage
Ziehung.
Genehm. f. d. Bereich d. g. Monarch.
220,930 Lose a 3 Mk., 9569 Geldgew.
Geld-Lotterie
zur Freilegung des Kgl. Schlosses und der Restauration des Domes zu **Königsberg** in Preussen.
Zahlbar ohne Abzug.
Hauptgewinne Mark:
75000
20000
10000
insgesamt
233400 Mk.
— LOSE a 3 Mark. —
Porto und Liste 30 Pfg. extra.
A. MOLLING, Hannover.
Verkaufsstellen sind durch Plakate kenntlich gemacht.

Vertrauliche Auskünfte
über Vermögens-, Familien- und Privat-Verhältnisse auf alle Plätze der Welt erteilen sehr gewissenhaft
Beyrich & Greve, Halle a. S.,
internationales Auskunftsbureau,
Gr. Ulrichstr. 43. Fernspr. 2144.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19050811028/fragment/page=0004